

AIHK MITTEILUNGEN

Wirtschaftspolitisches Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AIHK



Peter Lüscher, lic. iur.
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

Der Leistungsanalyse zum Durchbruch verhelfen

Liebe Leserinnen und Leser

An seinen Sitzungen vom 24. Juni und 1. Juli befasst sich der Grosse Rat mit den in seiner Kompetenz stehenden Bestandteilen der sogenannten Leistungsanalyse des Regierungsrates (vgl. März-Ausgabe, S. 22/23). Die Regierung will damit den übermässigen Anstieg der Staatsausgaben etwas bremsen. Entgegen dem Aufschrei von Befürworterinnen und Befürwortern eines ungebremsten Staatswachstums geht es dabei nicht um ein Spar-, sondern bloss um ein Entlastungspaket. Sparen würde ja heissen, dass Ausgaben gekürzt werden. Dies ist im vorliegenden Paket nicht der Fall. Es ist klar, dass gewisse Massnahmen schmerzen. Mit Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre sind sie aber dringend notwendig. Das belegt das eben erschienene Büchlein

«Aargauer Zahlen 2014». Auf Seite 30 wird die Entwicklung des (u.a. um die Teuerung) bereinigten Aufwands pro Einwohner grafisch dargestellt. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Aufwand von 5776 auf 6914 Franken pro Kopf gestiegen, also um fast 20 Prozent. So darf die Entwicklung nicht weitergehen, wenn wir unsere Standortattraktivität behalten wollen.

Mit dieser Ausgabe verabschieden sich die «AIHK Mitteilungen» in die Sommerpause. Die nächste Ausgabe erscheint Mitte August. Selbstverständlich sind wir auch im Sommer für Sie da. Geniessen Sie die hoffentlich etwas ruhigere Zeit – mit oder ohne Fussball-WM. Alle Mitarbeitenden der AIHK wünschen Ihnen einen schönen Sommer.

Engagierter Einsatz für optimale Rahmenbedingungen

An der 39. Ordentlichen Generalversammlung der AIHK im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen konnte AIHK-Präsident Daniel Knecht neben Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedfirmen auch interessierte Gäste aus der Politik begrüßen. Wir dokumentieren im Folgenden seine Ansprache. > Seite 46

Nachgefragt bei Prof. Dr. Michael Ambühl

Im Anschluss an den ordentlichen Teil der Generalversammlung kamen die Gäste in den Genuss eines Referats von Prof. Dr. Michael Ambühl. Die AIHK hat beim ehemaligen Staatssekretär nachgefragt. > Seite 49

«Ecopop»: Zuwanderung bleibt Dauerthema

Seit am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde, wird intensiv an deren Umsetzung gearbeitet. Mit der von der Umweltschutzorganisation Ecopop eingereichten Eidgenössischen Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative) wird voraussichtlich am 30. November 2014 erneut über eine Zuwanderungsvorlage abgestimmt. Worum es dabei geht: > Seite 50

«Wir haben alle ein Ziel: Den Aargau vorwärts bringen»

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer ist als Verein konstituiert, ihre Geschäfte werden also von einem Vorstand geführt. Genau dieses Gremium soll in den kommenden Ausgaben der AIHK Mitteilungen etwas genauer beleuchtet werden. Der AIHK-Vorstand ist branchenmässig und regional breit abgestützt – doch welche Gesichter stecken eigentlich dahinter? Heute haben wir bei Peter Bühlmann nachgefragt. > Seite 52

GENERALVERSAMMLUNG 2014



Gelungene Jubiläums-GV

An die 500 Personen durfte Präsident Daniel Knecht am 5. Juni zur AIHK-Generalversammlung im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen begrüßen. Der stilvolle Netzwerkanlass stand im Zeichen von 140 Jahren AIHK und überzeugte mit hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft und Politik, einem spannenden Gastreferat sowie einem Überraschungsgast, der kein Auge trocken liess.



Daniel Knecht, Präsident der AIHK

Engagierter Einsatz für optimale Rahmenbedingungen

An der 39. Ordentlichen Generalversammlung der AIHK im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen konnte AIHK-Präsident Daniel Knecht neben Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedfirmen auch interessierte Gäste aus der Politik begrüßen. Wir dokumentieren im Folgenden seine Ansprache.

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) feiert 2014 Geburtstag, sie wird 140 Jahre alt. Das ist zwar kein «grosses» Jubiläum, ich gestatte mir aber trotzdem ein paar Worte zu diesem Anlass.

140 Jahre alt und fit für die Zukunft

Die AIHK besteht unter ihrem heutigen Namen seit 1976. Sie ist damals entstanden aus der Fusion des Aargauischen Handels- und Industrievereins (AHIV) mit dem Aargauischen Arbeitgeberverband (AAV). Der Aargauische Arbeitgeberverband wurde am 1. Mai 1906 gegründet; bereits am 4. Oktober 1874 war der AHIV auf Anstoss des Handels- und Fabrikantenvereins des Bezirks Zofingen (heute wrz) gegründet worden.

Der AHIV übernahm von Anfang an die Aufgaben der kantonalen Gewerbekommission. «Da sich die Aargauische Handelskammer bereit erklärt habe, Fragen betreffend Handel und Industrie unentgeltlich zu beantworten», schaffte die Regierung die Kommission ab. Der Staat hatte aber schon damals zu viel Geld: Es dauerte nämlich weitere fast 50 Jahre, bis die überflüssig gewordene Kommission dann auch tatsächlich aufgehoben wurde!

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer verfügt also über einen reichen Erfahrungsschatz, ist aber nicht einfach eine alte Dame. Das Dienstleistungsangebot wird laufend ausgebaut, während gleichzeitig der Personalbestand auf unserer Geschäftsstelle reduziert werden konnte. Wir fordern vom Staat Aargau also nicht nur

Beschränkung – wir leben diese auch vor.

Im letzten Jahr haben wir unsere

- «AIHK Mitteilungen» und unsere
- Webseite neu gestaltet.
- Unser Beratungsangebot mit Schwerpunkt im juristischen Bereich sowie im Export haben wir weiter ausgebaut. Diese Kompetenzen «exportieren» wir auch an Schwesterorganisationen in anderen Kantonen.
- Die Technologieberatungsstelle FITT und unsere Ausgleichskassen stehen AIHK-Mitgliedern als Anlaufstellen gerne zur Verfügung.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Unternehmen auch künftig Verbände brauchen, die leistungsfähig, an den Interessen ihrer Mitglieder orientiert, innovativ, finanziell gesund und eigenständig sind.

Ob unser Tätigkeitsbereich weiterhin an den Kantonsgrenzen enden soll,

scheint mir dagegen mindestens diskutabel. Die Wirtschaft denkt und handelt längst in grösseren Wirtschaftsräumen.

Die AIHK ist daneben auch in anderen Feldern tätig: Die politische Strategie habe ich letztes Jahr kurz vorgestellt, sie ist auf unserer Webseite www.aihk.ch dokumentiert.

Unser Kernanliegen: Optimale Rahmenbedingungen für die Unternehmen

Wir wollen die erste Ansprechpartnerin der Politik für alle Fragen sein, die wirtschaftsrelevant sind und den Kanton Aargau betreffen. Unser Kernanliegen ist ein attraktiver Unternehmensstandort Aargau mit optimalen Rahmenbedingungen für die hier ansässigen Unternehmen.

Die politische Arbeit der Wirtschaftsverbände ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Wir konnten unseren Anliegen zwar in der Mehrzahl von Volksabstimmungen zum Durchbruch verhelfen, haben aber einige ganz wichtige auch verloren. Wir müssen uns noch vermehrt dafür engagieren, dass in der Gesellschaft wieder verstärkt bewusst wird, welche Bedeutung eine erfolgreiche Wirtschaft für unser aller Wohlergehen hat. Unser Wohlstand fällt nicht vom Himmel. Verständnisförderung gewinnt also an Bedeutung für politische Arbeit. Auch in diesem Feld wollen wir in Zukunft noch verstärkt tätig werden.



Hochkarätige Gäste an der AIHK-Generalversammlung 2014: Unter die Wirtschaftsprominenz mischten sich auch zahlreiche Grössen aus der Politik. (Bilder: SU Productions)

Nach meiner Einschätzung ist die AIHK auf der Höhe der Zeit und für die Zukunft gerüstet. Wir dürfen uns deshalb mit Zuversicht auf den Weg zum 150. Geburtstag machen. Wenn Sie Verbesserungsvorschläge haben, melden Sie sich bitte bei unserem Geschäftsleiter. Wir sind dankbar für alle konstruktiven, auch kritischen, Rückmeldungen.

Der Aargauer Wirtschaft geht es dank Ihnen gut

«Die grosse Offenheit ist eine Qualität des Aargaus» (NZZ-Beilage vom 16. April 2014 über den Kanton Aargau). Diese Offenheit zeigt sich auch in der aargauischen Wirtschaft. Der Export macht einen ganz wesentlichen Teil der Wertschöpfung in unserem Kanton aus. 60 Prozent des Umsatzes unserer Industrie stammen aus Exporten, in vielen Firmen gegen 100 Prozent. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt somit wesentlich vom Erfolg der starken Aargauer Exportindustrie ab. Gemäss neuesten Erhebungen des Bundes (STATENT, diese ersetzt die früheren Betriebszählungen) arbeiteten 2011 im Aargau gut 96 000 der knapp 320 000 Beschäftigten im industriellen Sektor. Deren Zahl ist allerdings gegenüber 2008 leicht gesunken. Der Beschäftigungsanteil des zweiten Sektors liegt im Aargau mit 30,3 Prozent aber nach wie vor deutlich über dem Schweizer Durchschnitt von 22,3 Prozent. In Vollzeitäquivalenten gerechnet ist die Differenz sogar noch etwas grösser.

In Anbetracht der nach wie vor grossen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten bin ich deshalb von den Resultaten unserer

diesjährigen **Wirtschaftsumfrage** positiv überrascht worden. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass die Umfrage vor dem 9. Februar 2014 (Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative) abgeschlossen wurde. Ich komme darauf im dritten Teil noch zurück.

Die antwortenden Unternehmen haben das Jahr 2013 im Rückblick etwas positiver eingeschätzt als sie dies vor einem Jahr noch erwartet hatten. Für die Zukunft sind die Unternehmen vorsichtig optimistisch:

1. Dienstleistungsunternehmen erwarten ein gutes 2014. Unternehmensdienstleister und Handel bleiben Wachstumsstützen.
2. Industriefirmen schwanken in ihren Einschätzungen zwischen befriedigend und zuversichtlich, die Bauwirtschaft erwartet ein weiteres gutes Jahr.
3. Die Personalbestände sollen 2014 sowohl im Dienstleistungs- als auch im Industriesektor ausgebaut werden. Etliche Unternehmen haben allerdings Mühe, Lehr- und Arbeitsstellen mit geeigneten Personen zu besetzen.

Die Chancen für den Erfolg unserer Wirtschaft schätze ich weiterhin als grösser ein als die Risiken. Die unternehmerische Kraft im Kanton Aargau ist weiter gewachsen. Die schwierigen Bedingungen haben unsere Betriebe abgehärtet. Unsere Unternehmen kämpfen mit grossem Engagement aller Mitarbeitenden dafür, im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können.

Tragen wir Sorge zur guten Standortqualität!

Unsere Unternehmen sind mit der Qualität des Unternehmensstandortes Aargau mehrheitlich zufrieden. Das zeigt die Standortqualitätsumfrage, die wir 2014 zum achten Mal durchgeführt haben. Optimale Standortbedingungen sind notwendig, um unternehmerisch Erfolg haben zu können. Dazu tragen viele verschiedene Faktoren bei, die politischen Rahmenbedingungen sind dabei sehr wichtig. Sie können aber nur

Darum geht es

Themen der Standortbestimmung 2014

1. Die AIHK – 140 Jahre alt und fit für die Zukunft
2. Der Aargauer Wirtschaft geht es dank Ihnen gut
3. Tragen wir Sorge zur guten Standortqualität!

IMPRESSIONEN

AIHK-Generalversammlung 2014

Neben dem geschäftlichen Teil blieb an der diesjährigen Generalversammlung auch genügend Zeit für bereichernde Begegnungen und gute Gespräche.



Weitere Impressionen: www.aihk.ch/gv

NICHT VERPASSEN

AIHK-Generalversammlung 2015

Reservieren Sie sich den Termin für die nächste Generalversammlung bereits heute:

**Donnerstag, 21. Mai 2015,
16.00 bis 19.30 Uhr**

erhalten werden, wenn es uns gelingt, das Wachstum des Staates zu bremsen und damit die steuerliche Belastung auf einem vernünftigen Niveau zu halten. Die Leistungsanalyse des Regierungsrates ist ein erster, allerdings zu kleiner Schritt auf diesem Weg.

Ein Blick in die **politische Agenda** zeigt leider ein durchzogenes Bild.

nicht zeitgerecht gehandelt haben. Es ist uns nicht gelungen, überzeugende Antworten auf drängende Fragen zu präsentieren.

Auch wenn sich durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative kurzfristig an den rechtlichen Rahmenbedingungen nichts ändert, verstärkt das Abstimmungsresultat doch

dass es dieses Ansinnen ablehnen wird. Die Schweiz will doch nicht zum Ballenberg werden! Wir erwarten, dass sich auch die SVP klar gegen diese Initiative stellt. Andernfalls könnten wir sie sicher nicht mehr als «Wirtschaftspartei» bezeichnen.

2. 2015 werden wir voraussichtlich über die **Erbschaftssteuer-Initiative** abstimmen. Sie verspricht vollmundig, bei den «Superreichen» mit einer Steuer von 20 Prozent für Vermögensbestandteile über zwei Millionen Franken viel Geld für die AHV zu beschaffen. Ich betrachte diese Initiative als sehr gefährlich für die Wirtschaft. Auch wenn die Initianten für die Vererbung von Unternehmen Erleichterungen versprechen (höhere Freigrenze, tieferer Steuersatz), gefährdet sie doch eine grosse Zahl von Familienunternehmen. Neu soll nämlich nicht mehr auf den Steuer-, sondern auf den Verkehrswert abgestellt werden. Dadurch werden sehr viele KMU betroffen sein, insbesondere wenn sie über eigene Liegenschaften verfügen. Erleichterungen sollen zudem nur gelten, wenn ein Unternehmen von den Erben zehn Jahre selber weitergeführt wird. Dass in den meisten Fällen nicht genügend Liquidität vorhanden sein wird, um die Steuern zu bezahlen, lassen die Initianten ausser Betracht. Mit der Initiative sollen nebenbei auch gleich die Kantone entmachtet werden, indem die Erbschaftssteuer von ihrer in die Kompetenz des Bundes gehen soll. Die AHV hat in den kommenden Jahren einen grossen Mittelbedarf. Sogar wenn die Erbschaftssteuer dazu eine Milliarde Franken beitragen würde, wäre dieser bei weitem nicht gedeckt. Das Risiko, dass notwendige Reformen nicht zügig angepackt werden, wäre dafür umso grösser. Die Erbschaftssteuerinitiative verdient deshalb eine deutliche Ablehnung.

3. Nicht minder gefährlich ist die **«Schlaraffenland Initiative»**: Die Volksinitiative für die **Schaffung eines bedingungslosen Grundeinkommens**. Die Idee ist einfach: Jede erwachsene Person soll 2500, jedes Kind 625 Franken pro Monat bedingungslos erhalten. Die Mehrwertsteuer müsste auf



Grünes Licht: Alle Anträge wurden von der Generalversammlung gutgeheissen.

Zufrieden sein dürfen wir über die Ablehnung von 1:12- und Mindestlohninitiative auf Bundesebene. Ebenso mit der Zustimmung zu Verkehrsvorlagen auf kantonaler Ebene. Anforderungsreicher wird unsere Tätigkeit wegen der Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative oder der missglückten Grippen-Abstimmung.

Es ist für mich klar, dass der Volkswille umgesetzt werden muss. Wir als Unternehmerinnen und Unternehmer haben uns mit neuen Rahmenbedingungen zu arrangieren.

Wir müssen das Signal, welches durch das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative – welches mit Stimmen auch aus diesem Saal zustande gekommen ist – ernst nehmen. Es zeigt, dass sich viele Personen fragen, wo die Grenzen des (quantitativen) Wachstums liegen. Wir (= Politik und Wirtschaft) müssen uns den Vorwurf machen lassen, dass wir die Vorzeichen dieses Abstimmungsresultats nicht genügend wahrgenommen haben und dementsprechend auch

die Unsicherheit über die künftige Entwicklung.

Gegen die Regulierungswut antreten

Und es wird in nächster Zeit weder einfacher noch besser: Regulierungswut und Gerechtigkeitswahn blühen. Problematisch ist insbesondere die Vielzahl von weiteren wirtschaftsfeindlichen Initiativen, die unsere Standortbedingungen und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit mittel- und längerfristig gefährden. Das trifft dann jeweils nicht nur eine kleine Gruppe, sondern letztlich jedes Unternehmen.

1. Voraussichtlich im November stimmen wir über die **Ecopop-Initiative** ab. Die Schweiz soll nur noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Das entspricht 16 000 Personen pro Jahr, also einem Fünftel der Nettozuwanderung der letzten Jahre. Jedes Wachstum soll durch die Initiative gestoppt werden. Hier habe ich grosses Vertrauen in Sie und ins Volk,

über 50 Prozent erhöht werden! Die Schweiz wäre damit international nicht mehr wettbewerbsfähig. Mit einem massiven Rückgang des Bruttoinlandsprodukts wäre zu rechnen.

4. Die im Herbst 2015 anstehenden **Wahlen** lassen befürchten, dass noch weitere Volksinitiativen lanciert werden, welche den jeweiligen Parteien in erster Linie zur Profilierung im Hinblick darauf dienen sollen. Aus meiner Sicht ist das eigentlich ein Missbrauch eines wichtigen Volksrechts. Bei den **Nationalratswahlen 2015** steht dem Kanton Aargau dank dem Bevölkerungswachstum ein zusätzlicher Sitz zu. Diesen Sitz gilt es auf der Seite der bürgerlichen Regierungsparteien zu halten. Das gelingt, wenn sich diese drei Parteien zusammenraufen. Dabei ist es hilfreich, wenn beim Ständeratswahlkampf keine unnötigen Wunden geschlagen werden. Ziel muss es hier sein, wenigstens einen der beiden Sitze wieder klar bürgerlich zu besetzen.
5. Auf kantonaler Ebene müssen wir darauf achten, bei der Abstimmung über die Volksinitiative «Für die **Offenlegung der Politikfinanzierung**» kein Eigentor zu schiessen. Aus unserer Sicht ist die Initiative für die Demokratie gefährlich, weil sie das Kandidatenfeld reduziert: Wer bereits bei der Anmeldung der Kandidatur für ein Grossrats- oder Gemeinderatsmandat die Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie Interessenbindungen offen legen muss, wird wohl lieber verzichten. Eine strikte Durchsetzung der vielen im Initiativtext aufgestellten Regeln hätte zudem einen unverhältnismässigen staatlichen Kontrollaufwand und -apparat zur Folge. Ob sich dadurch Verstösse verhindern liessen, ist ungewiss. Die Parteien würden durch die teilweise Offenlegungspflicht für Spenden sicher finanzielle Nachteile erleiden. Damit würde der Weg für eine staatliche Parteifinanzierung geebnet. Unser Vorstand lehnt die Initiative aus diesen Gründen einstimmig ab. Wir freuen uns, wenn der Grosse Rat und die Stimmberechtigten dies im Einklang mit dem Regierungsrat auch tun.

Persönliches Engagement bleibt wichtig

Wichtig bleibt unser **Engagement als Unternehmerinnen und Unternehmer**. Wir müssen in den bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen selber in die Arena steigen und das Erfolgsmodell Schweiz verteidigen. Nur wenn wir unsere Anliegen und Argumente glaubwürdig darlegen, haben wir an der Urne eine Chance. Unsere Politikerinnen und Politiker sollen weiterhin bei jeder Vorlage prüfen, ob diese überhaupt notwendig und für die Unternehmen (insbesondere auch für KMU) verträglich ist. Auch dazu braucht es zusätzliches Engagement.

Dank

Mein Dank geht zuerst an unsere mehr als 1600 Mitgliedunternehmen. Wir freuen uns, dass diese Zahl von Jahr zu Jahr steigt. Ich danke Ihnen für Ihre Treue, Ihr Vertrauen und die uns gewährte Unterstützung, auf die wir seit Jahren zählen dürfen. Ich hoffe, das bleibt auch in Zukunft so.

Ein spezieller Dank geht an unsere Vorstandsmitglieder, insbesondere an die beiden Vizepräsidenten Otto H. Suhner und Veith Lehner. Sie stellen einen Teil ihrer knapp bemessenen Zeit für die Wahrung unserer gemeinsamen Interessen zur Verfügung. Den anwesenden Politikerinnen und Politikern bin ich dankbar, wenn unsere Anliegen ihr Gehör finden. Den Medienvertretern danke ich für ihre Berichterstattung über unsere Anlässe, Parolen und Stellungnahmen. Allen Mitarbeitenden unserer Geschäftsstelle danke ich für ihr Engagement für unsere AIHK.

FAZIT

Die aargauische Wirtschaft behauptet sich weiterhin gut. Wir können auch künftig Erfolg haben, sofern Politik, Arbeitgeber und Sozialpartner konstruktiv zusammenarbeiten. Das kommt letztlich allen zugute. Wir sind auch im 141. Jahr motiviert, agil und dazu bereit.

8 FRAGEN AN

Prof. Dr. Michael Ambühl



Im Anschluss an den ordentlichen Teil der Generalversammlung kamen die Gäste in den Genuss eines Referats von Prof. Dr. Michael Ambühl. Die AIHK hat beim ehemaligen Staatssekretär nachgefragt.

Die Bilateralen ...
sollten erhalten bleiben.

Die Masseneinwanderungsinitiative ...
ist ein Wort mit vielen Buchstaben und vielen Konsequenzen.

Ein EU-Beitritt der Schweiz ...
ist nicht für heute.

Die AIHK ...
ist ein Power-Verein.

Mit dem Aargau verbinde ich ...
Energieproduktion.

Was ich als Kind werden wollte ...
Skirennfahrer.

Im diplomatischen Dienst ...
ist es oft anders, als man denkt.

Die Schweizer Wirtschaft ...
ist gut aufgestellt.

DIE AIHK NIMMT STELLUNG

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Auf unserer Website finden Sie eine Übersicht über die laufenden Vernehmlassungen sowie die dazugehörigen Unterlagen. Gerne nehmen wir Ihre Stellungnahme entgegen.

Cassis-de-Dijon-Prinzip

Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse

Auf Anregung einer parlamentarischen Initiative sind Änderungen des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse geplant. Konkret sollen Lebensmittel vom Cassis-de-Dijon-Prinzip ausgenommen werden.

Meinung einbringen bis 24. Juli 2014

Tabakproduktegesetz

Vorentwurf für ein Bundesgesetz über Tabakprodukte

Das Gesetz sieht u.a. neue Bestimmungen zu E-Zigaretten, zusätzliche Werbebeschränkungen sowie ein Verbot der Abgabe von Tabakprodukten an Minderjährige vor.

Meinung einbringen bis 5. August 2014

www.aihk.ch/vernehmlassungen



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

«Ecopop»: Zuwanderung bleibt Dauerthema

Seit am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde, wird intensiv an deren Umsetzung gearbeitet. Mit der von der Umweltschutzorganisation Ecopop eingereichten Eidgenössischen Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative) wird voraussichtlich am 30. November 2014 erneut über eine Zuwanderungsvorlage abgestimmt. Worum es dabei geht:

Mit seiner Botschaft vom 23. Oktober 2013 zuhanden der Eidgenössischen Räte hat der Bundesrat die Ecopop-Initiative zur Ablehnung empfohlen. Nachdem der Ständerat im März 2014 ein äusserst klares Nein zur Initiative beschloss, hat der Nationalrat die Vorlage ebenfalls deutlich abgelehnt. Ende November 2014 dürfte die Initiative zur Abstimmung gelangen, weshalb das Begehren hier vorgestellt werden soll.

Eine Initiative, zwei Forderungen?

Wie schon der Bundesrat in seiner Botschaft, hat sich auch der Nationalrat in der jüngsten Session intensiv mit der Frage der Gültigkeit der Ecopop-Initiative befasst. Verletzt die Initiative den Grundsatz der Einheit der Materie?

Hintergrund dieser juristisch – und wohl auch polittaktisch – interessanten Frage ist die Tatsache, dass die Initiative zwei auf den ersten Blick voneinander losgelöste Begehren enthält. Einerseits soll das zuwanderungsbedingte Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz durch eine explizit festgelegte Grenze (0,2 Prozent pro Jahr) limitiert werden. Andererseits wird

«Maximal 16 000 Menschen pro Jahr»

verlangt, dass der Bund mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Gelder für Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung aufwendet.

Der Bundesrat und die Bundesversammlung kamen zum Schluss, dass das Ziel der dauerhaften Sicherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen das verbindende Glied zwischen den beiden Teilbegehren ist und beide eben auf die Verwirklichung dieses Ziels ausgerichtet sind. Aus diesem Grund sei die Initiative zwar gültig, aber abzulehnen.

Zuwanderungsbegrenzung

Ecopop will noch sehr viel weiter gehen, als es die SVP es mit ihrem Begehren bereits getan hat. Bei einer Bevölkerung von etwas mehr als 8 Millionen Menschen, wäre die jährliche Nettozuwanderung nach Meinung der Initianten auf ungefähr 16 000 Menschen (0,2 Prozent) zu beschränken. Ecopop bezweckt damit, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und sicherzustellen. Konsequenterweise müsste bei Annahme der Ecopop-Initiative ein Kontingentsystem für alle Kategorien von Aufenthaltsbewilligungen, die länger als ein Jahr gültig sind, entwickelt werden. Nicht betroffen wären hingegen die Grenzgänger, für die aber aufgrund der mit der Masseneinwanderungsinitiative eingeführten Verfassungsnorm sowieso eine Kontingentierung einzuführen ist.

Die Begrenzung soll nach einer Übergangsfrist von vier Jahren gelten. Die Initiative legt aber für die Übergangsfrist Grenzen fest – im ersten Jahr nach Annahme 0,6, im zweiten Jahr 0,4 und ab dem dritten Jahr 0,2 Prozent. Eine höhere Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung in dieser Übergangszeit

Darum geht es

Die Initiative verlangt die Einfügung eines neuen Artikels 73a in der Bundesverfassung (BV) mit der unscheinbar anmutenden Marginalie «Bevölkerungszahl» sowie einer dazugehörigen Übergangsbestimmung. Der einzuführende Verfassungsartikel hat folgenden Wortlaut:

¹ *Der Bund strebt auf dem Gebiet der Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau an, auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind. Er unterstützt dieses Ziel auch in anderen Ländern, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.*

² *Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen.*

³ *Der Bund investiert mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung.*

⁴ *Er darf keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen, die gegen die Bestimmungen dieses Artikels verstossen oder Massnahmen verhindern oder erschweren, die zur Erreichung der Ziele dieses Artikels geeignet sind.*

Laut der Übergangsbestimmung müssen völkerrechtliche Verträge, die den Zielen des dargestellten Artikels widersprechen, schnellstmöglich angepasst werden, spätestens aber innert vier Jahren. Nötigenfalls sind die betreffenden Verträge zu kündigen. Weiter werden unmittelbar nach Annahme der Initiative bis zur Ausführungsgesetzgebung einsetzende Höchstwerte des zuwanderungsbedingten Bevölkerungswachstums in der Übergangsbestimmung definiert.

müsste innerhalb von 5 Jahren nach Inkraftsetzung der Ausführungsgesetzgebung kompensiert werden.

Diese starre Regelung bietet kaum Flexibilität und berücksichtigt weder die Interessen der Wirtschaft, noch andere Umstände. Die Wirtschaft würde grösste Mühe haben, nur schon die in Rente gehenden inländischen Arbeitskräfte zu ersetzen und der Fachkräftemangel würde sich weiter verschärfen.

«Pauschalisierung der Entwicklungshilfe»

Ausserdem verlangt die Initiative eine abrupte Umsetzung dieses radikalen Systemwechsels, was den Motor der Wirtschaft abwürgen würde.

Hinzu kommt, dass sämtliche Überlegungen zur Umsetzung der keine explizite Limite enthaltenden SVP-Masseneinwanderungsinitiative umsonst wären. Eine Annahme der Ecopop-Initiative würde die Zuwanderungspolitik erneut vor eine andere Ausgangslage stellen. Angesichts der starren Regelung der Kernfrage, nämlich der Höchstzahl von Kontingenten, bestünde für deren Umsetzung nur noch ein marginaler Spielraum. Die EU, welche schon mit einer flexiblen Kontingentierung nicht einverstanden zu sein scheint, wird eine vordefinierte Zuwanderungslimite gewiss nicht akzeptieren. Die Verhandlungen wären zum Scheitern verurteilt.

Förderung der freiwilligen Familienplanung

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit basiert auf dem Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, welche bereits heute auch auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen abzielt. Die heutige Praxis unterstützt das jeweilige Land bei der Lösung von Armut- und Entwicklungsproblemen, indem sich die Schweizer Massnahmen gezielt an den konkreten Prioritäten und Bedürfnissen orientieren. Die enge Fokussierung auf Familienplanung, wie von Ecopop angestrebt, wird den vielfältigen und komplexen Herausforderungen der

Armut, des Bevölkerungswachstums und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen in den Entwicklungsländern nicht gerecht. Wäre wie von der Initiative verlangt, mindestens 10 Prozent der finanziellen Mittel strikte auf den Bereich der Familienplanung auszurichten, würde sich dies nicht oder nur unwesentlich auf die von der Initiative intendierten Ziele auswirken. Die bewährte Praxis, welche bedürfnisorientiert Ansätze festlegt, ist zielführender. Die Ziele der Initiative könnten teilweise besser verwirklicht werden, wenn beispielsweise Mittel in die Förderung der Bildung oder die Gleichstellung von Frau und Mann vor Ort investiert werden.

FAZIT

Die Schweiz muss ihre Zuwanderungspolitik grundsätzlich neu ausrichten und dabei die bestehenden Staatsverträge, insbesondere das FZA mit der EU revidieren und neu verhandeln. Die EU ist und bleibt der wichtigste Handelspartner der Schweiz, weshalb unsere Wirtschaft auf die Bilateralen Verträge angewiesen ist. Es gilt daher pragmatische Lösungen zu finden. Nun verlangt aber die Ecopop-Initiative eine in der BV starr verankerte Zuwanderungslimite mit einem abrupten Kurswechsel. Ihre Annahme liesse die mit der Masseneinwanderungsinitiative eingeführte Verfassungsbestimmung, welche eine gewisse Flexibilität bei der Festlegung von Kontingenten erlaubt, grösstenteils zur Makulatur verkommen. Die sowieso schon heiklen Verhandlungen mit der EU wären aussichtslos. Schliesslich bestünde keinerlei Verhandlungsspielraum. Kaum ein Vertragspartner und jedenfalls nicht die EU, wird sich von der Schweiz einen Vertrag diktieren lassen. Der Vorstand der AIHK befindetet am 21. August 2014 über die Vorlage. Angesichts der dargestellten Ausgangslage wird er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Nein-Parole zur Ecopop-Initiative fassen.

VERLINKT & VERNETZT

www.marktplatz-aihk.ch

Unsere Mitglieder publizieren **Stellen, Geschäftsimmobilien und Veranstaltungen/Seminare** direkt auf www.marktplatz-aihk.ch
Der Marktplatz ist für alle Interessierten einsehbar.

Stellen

STELLEN Angebote ANBIETER Mitgliedfirmen GESUCHE von Arbeitnehmenden

Datum | Unternehmen | Tätigkeitsfelder | Anstellungsposition
Elektroingenieur/Elektroingenieurin f x
Mit Ihren Entwicklungsideen für Sensoriklösungen wächst nicht nur das Unternehmen, sondern wachsen auch Sie!

Geschäftsimmobilien

GESCHÄFTSIMMOBILIEN Angebote ANBIETER Mitgliedfirmen GESUCHE Mieten, Kaufen

Attraktive Büroflächen ★
Im Aargau entsteht ein modernes Bürogebäude nach neuesten energetischen Standards.

Veranstaltungen, Seminare

VERANSTALTUNGEN von Mitgliedfirmen VERANSTALTER Mitgliedfirmen INSERIEREN Erfassen, Bearbeiten

Datum | Ort | Veranstalter | Kategorie
Wirtschaftssymposium Aargau ★
Im Zentrum des Wirtschaftssymposiums Aargau stehen Thesen und Erfahrungen ausgewiesener Referenten zum Thema «Zeit – jetzt oder nie – Faktor!»

NICHT VERPASSEN

Kommende Netzwerkanlässe

- | | |
|---------------|---|
| 26. Juni | Generalversammlung
Regionalgruppe
Zurzibiet |
| 20. August | Personalchefkonferenz
Fricktal |
| 16. September | Herbstanlass
Regionalgruppe Baden |
| 17. September | Herbstanlass
Regionalgruppe Aarau |

www.aihk.ch/agenda

SCHLUSSPUNKT

«**Aller Anfang ist schwer, am schwersten der Anfang der Wirtschaft.**»

Johann Wolfgang von Goethe,
1749–1832,
in Hermann und Dorothea

Die AIHK-Vorstandsmitglieder im Fokus
Peter Bühlmann, Vorstandsmitglied seit 2008

«Wir haben alle das gleiche Ziel: Den Aargau vorwärts bringen»

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer ist als Verein konstituiert, ihre Geschäfte werden also von einem Vorstand geführt. Genau dieses Gremium soll in den kommenden Ausgaben der AIHK Mitteilungen etwas genauer beleuchtet werden. Der AIHK-Vorstand ist branchenmässig und regional breit abgestützt – doch welche Gesichter stecken eigentlich dahinter? Heute haben wir bei Peter Bühlmann nachgefragt.



Peter Bühlmann: Wirkt mit seiner NAB der «aktuell nicht sehr rosigen Branchenreputation» erfolgreich entgegen. (Bild: zVg.)

Peter Bühlmann, seit 2008 sind Sie im Vorstand der AIHK. Was gefällt Ihnen in diesem Amt am besten?

Für mich sind die Treffen und die konstruktiven Gespräche mit den Exponenten der Wirtschaft wichtig und gefreute Momente. Auch wenn wir Vorstandsmitglieder aus ganz unterschiedlichen Ecken des Kantons und aus verschiedenen Branchen kommen, so haben wir doch alle das gleiche Ziel: Den Aargau als Wirtschaftsstandort vorwärts zu bringen.

Gibt es auch weniger «G'freuts»?

Wenn wir wie kürzlich eine wichtige Abstimmung wie die Masseneinwanderungs-Initiative verlieren, dann kann die Stimmung schon einmal ein bisschen gedrückt sein, ja.

Wie erklären Sie sich das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative?

Es ist nicht gelungen aufzuzeigen, wie man den problematischen Aspekten der Zuwanderung anders als

mit dieser Initiative hätte begegnen können. Denn massvolle Zuwanderung bringt Vorteile und Impulse für uns alle. Ich denke an die qualifizierten Arbeitskräfte und an die Neuzuzüger, die unsere Wirtschaft ankurbeln. Jetzt gilt es jedoch, den Volkswillen möglichst wirtschaftskompatibel umzusetzen.

Wie kommt es zu Ihrem Engagement im AIHK-Vorstand?

Ich engagiere mich gerne und aus Überzeugung für gute Rahmenbedingungen und für einen starken Aargau als Wirtschaftsstandort. Und mich interessiert grundsätzlich, was auf der politischen Bühne läuft. Wenn $\frac{3}{4}$ aller Stimmberechtigten die Mindestlohn-Initiative ablehnen, ist das ein starkes Zeichen für den Wirtschaftsstandort.

Hand aufs Herz: Sprechen Sie da nicht auch ein wenig als CEO der Neuen Aargauer Bank?

Doch, sicher auch. Schliesslich haben wir als führende Regionalbank im Aargau auch ein eigenes Interesse daran, dass es dem Kanton und seiner Wirtschaft gut geht. Denn wir haben mit jedem zweiten Aargauer KMU eine Geschäftsbeziehung. Geht es dem Aargau gut, geht es auch der NAB gut – und umgekehrt (*lacht*).

Woher kommt die starke regionale Verankerung?

Zu verdanken haben wir das unserer Strategie, die sich ganz bewusst auf den Aargau konzentriert. Hier im Aargau hören wir «das Gras wachsen». Mit unseren knapp 800 Mitarbeitenden – davon sind 90 Lernende – und unseren zahlreichen

Sponsoring-Engagements geniessen wir in der Bevölkerung viel Goodwill.

Eilt man als Banker seinem Ruf voraus?

Natürlich muss man sich als Banker den einen oder anderen Spruch anhören. Ich habe gelernt, damit sportlich umzugehen (*schmunzelt*). Mich fasziniert meine Aufgabe nach wie vor. Vor allem schätze ich den Kontakt zur Wirtschaft und zu unseren Kunden aus den verschiedenen Branchen – das ist sehr facettenreich.

Wie beurteilen Sie den Wirtschaftsstandort Aargau?

Der Aargau hat in den vergangenen Jahren vieles gut gemacht. Das zeigen auch die interkantonalen Vergleiche unserer jährlich publizierten Regionalstudie immer wieder, in welchen der Aargau stets in den Top 5 vertreten ist. Aber andere holen auf. Jetzt sind alle gefordert und müssen ihre Hausaufgaben erledigen – das gilt sowohl für die Unternehmer als auch für den Staat.

Wie meinen Sie das?

Sorge bereitet mir, dass unsere Staatsausgaben in den letzten Jahren deutlich stärker gewachsen sind als die Einnahmen. Auch der Kanton muss seine Ausgaben nach den Einnahmen richten. Gleichzeitig müssen wir uns auch bewusst sein, dass wir nicht immer mehr Aufgaben an den Staat übertragen dürfen – die Staatsquote scheint mir jetzt schon sehr hoch zu sein.

ZUR PERSON

Peter Bühlmann

- **Alter:** 56 Jahre
- **Im AIHK-Vorstand seit:** 2008
- **Beruf:** Eidg. dipl. Bankfachexperte, CEO NAB
- **«Sein» Unternehmen:** Die Neue Aargauer Bank (NAB) ist die führende Regionalbank im Aargau. Dank einer hohen Beratungskompetenz bietet sie Privatkunden, Private Banking- und Firmenkunden umfassende und erstklassige Lösungen an.
- **Interessen:** Familie, Lesen, Joggen, Skifahren